

## **Hunderttausende profitieren: Santander muss unzulässige Gebühren zurückzahlen!**

Santander muss über 100.000 Kunden unzulässige Bankgebühren zurückzahlen, entschieden vom OGH. Rückerstattung beginnt im Juni 2025.



**Österreich** - Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat entschieden, dass die Santander Consumer Bank unzulässige Gebühren zurückzahlen muss. Diese Entscheidung betrifft über hunderttausend Kreditverträge, die hauptsächlich zwischen 2015 und Herbst 2023 abgeschlossen wurden. Die Rückerstattung erfolgt ohne bürokratische Hürden, sodass betroffene Kund:innen nicht mit komplizierten Verfahren rechnen müssen.

Im Rahmen von Verhandlungen mit der Arbeiterkammer (AK) wurde klar, dass die Kreditbearbeitungsgebühr als intransparent

beurteilt wird. Diese war in den Verträgen häufig zusammen mit anderen Gebühren aufgeführt und wurde nun ebenfalls als unzulässig eingestuft, wenn es zu Übereinstimmungen mit anderen Chargen kam. Laut **Kosmo** wird Santander die Salden bei laufenden Kreditfinanzierungen automatisch anpassen.

## **Details zur Rückzahlung**

Ab Anfang Juni 2025 werden die betroffenen Kunden schriftlich über die Höhe ihrer Gutschrift informiert. Ein zweites Schreiben wird die reduzierte Kreditrate und die verkürzte Restlaufzeit mitteilen. Auch für bereits zurückgezahlte Kredite gibt es Möglichkeiten: Kund:innen können ihre Ansprüche über ein Online-Formular geltend machen. Unterstützend wurde eine spezielle Telefonhotline für Rückfragen eingerichtet: 05 0203 2650.

Die Rückzahlungen umfassen nicht nur die Kreditbearbeitungsgebühr, sondern auch die Kontoführungsgebühren, die als unzulässig eingestuft wurden. Diese Gebühren mussten nicht separat abgerechnet werden, sondern waren oft intransparent im Vertrag beschrieben. Daraus resultiert, dass Kund:innen auch hier einen Anspruch auf Rückerstattung haben, wie die **Arbeiterkammer** berichtet.

## **Weitere Unzulässigkeiten und deren Auswirkungen**

Zu den beanstandeten Gebühren gehört auch die pauschale 12-Euro-Gebühr, die bei nicht eingelösten Lastschriften erhoben wurde, sowie die so genannten Preisaushanggebühren für Nebenleistungen. Diese wurden als rechtswidrig erklärt, sofern sie nicht gesondert vertraglich vereinbart waren.

Die OGH-Entscheidung ist nicht nur ein Seismograph für Santander, sondern stellt einen bedeutsamen Fortschritt im Verbraucherschutz dar. Ähnliche Urteile gegen andere Banken,

wie etwa die BAWAG, zeigen, dass Kreditbearbeitungsgebühren generell als gröblich benachteiligend und unwirksam gelten, so die **Verbraucherschutzverein**. Der Verbraucherschutzverein unterstützt über 3000 Kreditnehmer:innen bei der Rückforderung unrechtmäßiger Gebühren und bietet eine Sammelaktion an, um den Rückforderungsanspruch geltend zu machen.

Die aktuelle Situation lässt davon ausgehen, dass Millionen von Euro an Kund:innen zurückfließen werden, was einen erheblichen Einfluss auf den Markt für Verbraucherkredite in Österreich haben könnte.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.kosmo.at">www.kosmo.at</a></li><li>• <a href="http://www.arbeiterkammer.at">www.arbeiterkammer.at</a></li><li>• <a href="http://www.verbraucherschutzverein.eu">www.verbraucherschutzverein.eu</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**